

## ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD  
ANNA JANDREY

31. Mai 2016

[www.kas.de/israel](http://www.kas.de/israel)

## Geht ein Rechtsruck durchs Land?

ISRAELS REGIERUNG ERWEITERT SICH

**Es mag wie eine banale Weisheit klingen, aber im Nahen Osten ist es ein gefährliches Unterfangen, Prognosen über die Zukunft zu stellen. Das Risiko schon am nächsten Tag durch die Realität widerlegt zu werden, ist eminent groß. Wie zutreffend dieser Verdacht ist, hat sich abermals in den vergangenen Tagen gezeigt, als sich das politische Karussell der israelischen Regierungskoalition plötzlich neu zu drehen begann. Die entscheidende Frage ist, ob der israelische Regierungschef, Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, eher der Antrieb dieses Karussells ist, der sich mit großem Geschick neue Spielräume schafft oder vielleicht eher der Getriebene, der auf diesem Karussell sitzt und sich zum Handeln gezwungen gesehen hat.**

Selbst Mitglieder des inneren Politikzirkels in Israel, die mit allen Wassern gewaschen und mit vielen Erfahrungen ausgestattet sind, hatten ihre Mühen, den Ereignissen in der vergangenen Woche zu folgen: Plötzlich war nichts mehr wie zuvor. Hatte die im vergangenen Mai formierte Regierung bisher allen Unkenrufen, die angesichts ihrer knappen parlamentarischen Mehrheit von einem Sitz (61 von 120 Sitzen) ein baldiges Ende vorhergesagt hatten, getrotzt, so schien nun eine Änderung notwendig: Der Likud-Parteichef Netanjahu ließ durchblicken, dass er eine Erweiterung seiner Regierungskoalition zunehmend für notwendig hielt. Dabei war zum einen mangelndes Vertrauen in die Koalition entscheidend. Durch eine kluge Wahl der Ministerien hatte sich die Partei des Bildungsministers Naftali Bennett zunehmend in eine Position gebracht wo der schwächere Partner den größeren vor sich her treibt und der „Schwanz“

mit dem Hund (Likud) wedelt. Ebenso zeichnet sich aber seit einiger Zeit – nicht zuletzt nach gescheiterten Abstimmungen in der Knesset ab, dass Bibi Netanjahu sich längst nicht mehr darauf verlassen kann, dass ihm seine Parteifreunde geschlossen den Rücken stärken. Insofern war für ihn entscheidend, die Stimmkraft der Regierung zu stärken, aber zugleich die eigene Machtbasis in der Partei zu sichern. Ob der Weg dabei eine Rechts- oder Linksbiegung nimmt, schien Netanjahu augenscheinlich zweitrangig.

### Von links nach rechts: Von Isaac „Bugi“ Herzog zu Avigdor Liberman

Im politischen Israel hält sich hartnäckig das Gerücht, dass nicht zuletzt auch internationale Akteure massiv auf Bibi Netanjahu eingewirkt haben, beim Streben nach einer größeren parlamentarischen Mehrheit den Weg hin zu einer Einheitsregierung zu wählen. Der große Favorit der linksliberalen Presse und der internationalen Freunde Israels für eine Regierungserweiterung war dementsprechend die von Isaac Herzog linksliberal geführte Zionistische Union, die in der Knesset als zweitstärkste Kraft über 24 Sitze verfügt, Netanjahus Likud kommt auf 30 Sitze. Bereits im Vorfeld der Parlamentswahlen am 17. März 2015 war von in- und ausländischen Medien über die Bildung einer gemeinsamen Regierung diskutiert worden. Netanjahu bildete aber schließlich aus Likud, der sozial-konservativen Kulanu (10 Sitze) und den beiden religiösen Parteien Shas (7 Sitze) und Vereinigtes Thora-Judentum (6 Sitze) sowie mit HaBajit haJehudi (8 Sitze) die denkbar knappste Regierungskoalition.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

ANNA JANDREY

31. Mai 2016

[www.kas.de/israel](http://www.kas.de/israel)

Mitte Mai trafen sich Netanjahu und Herzog, um eine Annäherung von Regierung und Opposition zu erreichen und Eventualitäten einer gemeinsamen Einheitsregierung zu diskutieren. In diesen Gesprächen machte Herzog wiederholt seine Forderung deutlich, einige der Ministerposten neu besetzen zu wollen. Darunter beispielsweise die Stelle des Justizministers, die von der umstrittenen Ayelet Shaked (HaBajit haJehudi) eingenommen wird. Weitere von Herzog für die Zionistische Union geforderte Zuständigkeiten waren das Bildungsministerium und das Ministerium für Kommunikation.

Die aktuellen Besetzungen an den Spitzen dieser Ministerien waren aus der Perspektive von Herzogs Arbeiterpartei „red flags“. Als Ziele für eine potentielle neue Regierung nannte Herzog unter anderem den gemeinsamen Kampf gegen die israel-kritische „Boycott, Divestment and Sanction“ (BDS) Bewegung, die Verbesserung der Beziehungen zur Europäischen Union und den USA sowie die Gründung eines palästinensischen Staates. Netanjahu ließ diese Vorschläge während der Verhandlungen unkommentiert. Außerdem kündigte Yoel Hasson, Knesset-Abgeordneter der Zionistischen Union, an: Bei einer eventuellen Regierungsbildung werde seine Partei die Zusammenarbeit mit den rechten Parteien kategorisch ablehnen.

Wurde die neue Einheitsregierung zu diesem Zeitpunkt medial zum Teil schon wie eine nicht mehr von der Hand zu weisende Entwicklung bewertet, wendete sich das politische Blatt innerhalb von nur 16 Stunden um 180 Grad. Über die Online-Medien drang das Gerücht durch, dass der Tourismusminister Yariv Levin und Avigdor Libermann über die Bedingungen eines Regierungseintritts von Israel Beitenu verhandelten. Auf der Basis dieser „Sondierungen“ bot Netanjahu in einem Gespräch mit Avigdor Liberman zur großen Überraschung der Öffentlichkeit der Partei Israel Beitenu kurzfristig einen Platz in der Regierung an.

Diese Annäherung ist insofern bemerkenswert als das Verhältnis der beiden Politiker auch in den letzten Jahren weit davon entfernt war, harmonisch zu sein. Noch Wo-

chen und Tage zuvor fanden Netanjahu und Liberman klare Worte, was die gegenseitigen Charaktereigenschaften betrafen. So soll Netanjahu noch im Zuge der Verhandlungen mit Herzog über seinen jetzigen Regierungspartner gesagt haben: „Liberman hasst mich, er verleumdet mich, er ist ein gefährlicher Mann, der vor nichts Halt macht“.<sup>1</sup> Angesprochen auf seine jüngsten öffentlichen Beschreibungen Netanjahus als „Lügner, Betrüger und Ganove“, sagte Liberman, diese seien nun nicht mehr relevant.<sup>2</sup>

Liberman selbst, der bis zu den Wahlen im März 2015 Außenminister in Netanjahus Kabinett gewesen war, wurde das Koalitionsangebot mit den Posten des Migrations- und des Verteidigungsministers schmackhaft gemacht. Letztere Personalie ist vor allem deshalb interessant, weil Netanjahus Parteikollege und in der Bevölkerung durchaus beliebte Moshe Ya'alon diese Stelle bis dato innehatte.

Der verschmähte Herzog reagierte mit Unverständnis und erklärte die Gespräche mit Netanjahu während einer Pressekonferenz in Tel Aviv für gescheitert. Als Hauptursache nannte er das fehlende Engagement des Ministerpräsidenten für diplomatische Themen.<sup>3</sup> Seine Parteikollegin und ehemalige Außenministerin, Tzipi Livni, fällte ebenfalls ein scharfes Urteil als sie auf ihrer Facebook schrieb, dass die Geschichte Netanjahu nicht für das vergeben werde, was er Israel angetan habe.<sup>4</sup> Als Grund des Scheiterns einer Einheitsregierung gaben Likud-Abgeordnete wiederum an, dass es Herzog schlicht und einfach an Unterstützung aus den eigenen Reihen für eine Regierungsbildung fehlte und er (und nicht der Ministerpräsident) die Verantwortung dafür trüge, dass es zu keiner Zusammenarbeit gekom-

<sup>1</sup> Yossi Verter: [To preserve his rule, Netanyahu willing to stomach even his greatest political rival](#) (Abruf: 24. Mai 2016).

<sup>2</sup> Gil Hoffman: [Liberman accepts Netanyahu offer to be defense minister; Ya'alon out](#) (Abruf: 24. Mai 2016).

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> [Livni: History will not forgive Netanyahu for choosing extreme right](#) (Abruf: 25. Mai 2016).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD  
ANNA JANDREY

31. Mai 2016

[www.kas.de/israel](http://www.kas.de/israel)

men ist.<sup>5</sup> In der Tat war die Unterstützung für Herzogs Pläne von Beginn an unter seinen Knesset-Kollegen eher gering. Lediglich etwa vier Abgeordnete, darunter besonders prominent der Vorsitzende der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe, MK Nachman Shai, waren dem Vernehmen nach bereit, in der Knesset entsprechend für eine Koalition zu stimmen und die neue Regierung zu unterstützen.

### „... und raus bist du!": Ya'alon gegen Netanjahu

Schon vor der eigentlichen Unterzeichnung des Koalitionsvertrags sorgte Netanjahus Entscheidung, Likud-Politiker Ya'alon durch Liberman an der Spitze des Verteidigungsministeriums zu ersetzen für große Kontroversen und zum Teil auch für Empörung. Ya'alon selbst war laut israelischer Berichterstattung<sup>6</sup> wenig überrascht und reagierte prompt: Unmittelbar nach Bekanntwerden des Angebots an Liberman in der israelischen Presse trat Ya'alon nicht nur von seinem Ministerposten zurück, sondern legte auch sein Amt als Knesset-Abgeordneter nieder. In den sozialen Medien kommentierte Ya'alon seine Entscheidung mit seinem schwindenden Vertrauen in den Ministerpräsidenten.<sup>7</sup> Der moralische Kompass der Regierung sei verloren gegangen und durch das Land ginge ein gefährlicher Rechtsruck. In seiner Rücktrittrede warnte er vor antidemokratischen Strömungen, die die Grundmauern des Landes erschütterten.<sup>8</sup>

Die Enttäuschung Ya'alons hat nicht erst mit den Verhandlungen zur Regierungsumbildung begonnen. Das Verhältnis des Ministerpräsidenten zu seinem Verteidigungsminister war bereits seit einigen Wochen äußerst angespannt. Im Mittelpunkt stand dabei die Auseinandersetzung über Ya'alons Äußerung, dass Soldaten der Israeli Defense

Forces (IDF) frei ihre Meinung äußern dürften, auch wenn diese nicht mit der Regierungslinie konform sei.<sup>9</sup> Netanjahu maßregelte Ya'alon mit seiner Erklärung, dass die IDF eine Armee des Volkes seien und sich daher aus der Politik herauszuhalten haben; für politische Bekundungen bliebe kein Raum.<sup>10</sup>

Nach dem Rücktritt Ya'alons berichtete die Times of Israel von einer warmen Woge von Lobgesängen – auch aus dem eigenen Lager Netanjahus - auf den ehemaligen Verteidigungsminister, der seinen Werten mit seinem kühnen und mutigen Rücktritt Tribut gezollt habe. Für den Knesset-Abgeordneten Erel Margalit (Zionistische Union) ist Ya'alon „ein mutiger Mann, der der Welt Netanjahus moralische Nacktheit aufgezeigt hat“. Ähnliche Worte fand auch die Abgeordnete für die liberale Partei Yesh Atid als sie Ya'alon als einen anständigen Mann, der eine anständige Entscheidung getroffen hat, beschrieb.<sup>11</sup> Die linksliberale Tageszeitung Haaretz titelte kurz nach dem Rücktritt des Verteidigungsministers, dass Ya'alon sich lediglich eine politische Auszeit nehmen werde, um mit einer anti-Netanjahu-Kampagne in die Politik zurückzukehren.<sup>12</sup> Durch seine schnelle Reaktion auf die Berichte seiner Ablösung durch Libermann hat Ya'alon schnell und konsequent reagiert. Damit kam er dem in den Medien dargestellten Plan Netanjahus zuvor, ihn auf einen weniger attraktiven Ministerposten zu "parken". Durch seinen öffentlichkeitswirksamen Rücktritt und das Niederlegen seines Knesset-Mandats hat Ya'alon zwar seine politische Karriere vorerst beendet, könnte aber zu einem späteren Zeitpunkt wieder auf die politische Bühne zurückkommen. Vorerst hat Netanjahu mit Ya'alon eher einen innerparteilichen Kontrahenten als einen Parteifreund verloren, der vielleicht

<sup>5</sup> Gil Hoffman: [Liberman accepts Netanyahu offer to be defense minister: Ya'alon out](#) (Abruf: 24. Mai 2016).

<sup>6</sup> [Ya'alon 'not surprised' defense minister job taken from him](#) (Abruf: 25. Mai 2016).

<sup>7</sup> Yaakov Lapin und Gil Hoffman: [Ya'alon resigns from Knesset, citing 'lack of faith in Netanyahu'](#) (Abruf: 25. Mai 2016).

<sup>8</sup> Yossi Verter: A warning against what Likud has become. *Haaretz* (Print), 22. Mai 2016.

<sup>9</sup> Gili Cohen und Barak Ravid: Yaalon defends officers right to speak freely. *Haaretz* (Print), 16.05.2016.

<sup>10</sup> B. Michael: What is the gen. talking about?. *Haaretz* (Print), 16.05.2016.

<sup>11</sup> [Ya'alon resignation draws flood of praise, consternation](#) (Abruf: 25. Mai 2016).

<sup>12</sup> Yossi Verter: A warning against what Likud has become. *Haaretz* (Print), 22. Mai 2016.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

ANNA JANDREY

31. Mai 2016

[www.kas.de/israel](http://www.kas.de/israel)

aber als politischer Gegner zurückkehren könnte.

Spannend wird dementsprechend die Frage sein, welchen Weg Ya'alon in Zukunft einschlagen wird. Er hat angekündigt, dass er verschiedene Optionen prüfen wird. Wenn man diese Optionen näher unter die Lupe nimmt, dann ist die Rückkehr in den Likud unwahrscheinlich, solange Netanjahu den Likud führt. Zweitens ist dann auch die Frage auf dem Tisch, ob Ya'alon noch genügend Unterstützer innerhalb des Likud hinter sich bringen würde, um innerhalb der Partei wirklich erfolgreich zu sein. Insofern bleiben eher Optionen außerhalb des Likud. Diese Optionen wären entweder, eine eigene Partei zu gründen, oder sich bestehenden Parteien oder Bündnissen anzuschließen. Für die Gründung einer eigenen Partei spricht, dass sich Ya'alon bereits mit der Bitte um finanzielle Unterstützung an eine Reihe von Förderern und Wegbegleitern gewandt hat. In der israelischen Gerüchteküche wird aber auch darüber spekuliert, ob Ya'alon sich der Partei Yesh Atid von Yair Lapid anschließen wird. Kritiker dieser These glauben, dass Ya'alon diesen Weg deshalb nicht gehen wird, weil es ihn mit dem (unwillkommenen) Attribut versehen würde, auf der linken Seite des politischen Spektrums zu stehen. Spekuliert wird deshalb auch über die Frage, ob Ya'alon sich in ein (neues) Bündnis mit Gideon Sa'ar und Moshe Kahlon begeben würde, mit dem Ziel eine neue liberale Mitte-Rechts-Bewegung zu gründen.

Der Rückzug von Verteidigungsminister Ya'alon birgt noch eine andere Gefahr, die gar nicht unmittelbar mit seiner Person in Zusammenhang steht, für Netanjahu aber handfeste politische Probleme mit sich bringen kann. Da Ya'alon auf sein Mandat in der Knesset verzichtet, wird am kommenden Mittwoch der nächste Nachrücker in die Knesset einziehen, der auf der Likud-Liste steht. Dieser Nachrücker ist ein alter und problematischer „Bekannter“ in der israelischen Politik: Rabbiner Jehuda Glick! Er, der in der Siedlung Otniel wohnt, sieht sich selbst als der Sprecher und Vertreter der Siedler in „Samaria und Judäa“ innerhalb des Likud. Gegenüber der Jerusalem Post

betonte Glick, dass er alles tun wird, was ihm möglich ist, um die Rechte der Siedler zu stärken.

Bekannt geworden ist Glick aber vor allem als Tempelberg-Aktivist. Er ist sowohl der Direktor der NGO Haliba als auch der Direktor des sogenannten Tempelinstitutes. Während der Wunsch nach einem freien Zugang für Juden zum Tempelberg auch von moderaten Juden geteilt wird, schlicht und einfach weil wesentliche Teile des jüdischen Glaubens sich auf dem Plateau des Tempelberges abgespielt haben, so gehen die Forderungen Glicks doch weit darüber hinaus.

Glick gehört zu jenen nationalreligiösen Figuren, die durch provokative und öffentlich inszenierte Besuche immer wieder verbal „Feuer“ an den Tempelberg legen. So wie der frühere Knesset-Abgeordnete Moshe Feiglin träumt auch Glick davon, die Al-Aqsa-Moschee und den Felsendom abzureißen, um damit den Weg für die Ankunft des Messias frei zu machen. Das verabscheuungswürdige Attentat, das 2014 auf sein Leben in Jerusalem verübt worden ist, hat ihn noch bekannter werden lassen. Er ist zu einer der Symbolfiguren der Siedlerbewegung innerhalb des Likud geworden.

Ein fundamentaler „Rechtsaußen“ wie Glick wird es den wenigen im Likud, die noch glaubhaft eine moderate Position im israelisch-palästinensischen Konflikt einnehmen, zusätzlich schwieriger machen, diese Position gegen Widerstände in den eigenen Reihen zu halten.

### Libermans wahr gewordener Traum

Mit Liberman und dessen Partei Israel Beitenu hat sich Netanjahu dazu entschieden den rechten Charakter der Regierung zu erhalten und letztlich zu stärken. Doch die Sondierungsgespräche stellten sich als unerwartet zäh heraus. Auch wenn der Minister für Tourismus, Yariv Levin, der die Gespräche auf der Seite des Likud vorrangig führte, die neue Koalition bereits nach wenigen Verhandlungsstunden schon als einen „natürlichen Schritt, der Israel stärken werde“ bewertete, wurde schnell deutlich, dass Libermans Regierungsbeteiligung nicht still

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

ANNA JANDREY

31. Mai 2016

[www.kas.de/israel](http://www.kas.de/israel)

und leise erfolgen würde. Die Forderung Libermans, die Todesstrafe für Terroristen einzuführen – jedoch mit der sofort aufkommenden Vermutung in der Diskussion, dass dies ausschließlich für palästinensische Terroristen gilt –, führte zu starken Kontroversen auch innerhalb des Kabinetts und ließ die Öffentlichkeit aufschrecken.<sup>13</sup> Entgegen Libermans Offensive bekräftigte Netanjahu sein Festhalten an einer aktiven Friedenspolitik mit den Palästinensern.<sup>14</sup> Darüber, inwieweit diese Politik mit den Ansichten seines neuen Kabinettpartners zu vereinbaren sei, verlor er kein Wort. Ferner beanspruchte Israel Beitenu in den Verhandlungen, drei Millionen israelische Scheckel für eine erweiterte Anerkennung der Rentenansprüche für Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion – die Stammwählerschaft von Israel Beitenu. Finanzminister Moshe Kahlon's Reaktion fiel verhalten aus und er weigerte sich, die „Pensionstaschen“ für Liberman zu öffnen. Eine Einigung in diesem Punkt wurde mit zum entscheidenden Faktor der Sondierungsgespräche.<sup>15</sup> Am Ende kamen die Parteien auf eine allgemeine Erhöhung aller Rentenbezüge überein.

Im Zuge der Koalitionsgespräche entwickelte sich vor allem Bildungsminister Naftali Bennett - Vorsitzender von HaBajit haJehudi – für Netanjahus Plan einer Regierungserweiterung zur schwer überwindbaren Hürde. Bennett drohte gegen die Ernennung Libermans zu stimmen, wenn Netanjahu seiner Forderung nach einer Reformierung des Sicherheitskabinetts nicht nachkommen werde. So verlangte Bennett unter anderem, dass der Posten eines „Militärsekretärs“ ins Leben gerufen wird, der die Mitglieder des Sicherheitskabinetts regelmäßig über aktuelle Entwicklungen aus dem Verteidigungsapparat unterrichten solle.<sup>16</sup> Unterstützung

hinsichtlich dieser Sicherheitsreform erhielt Bennett von seiner Parteikollegin und Justizministerin Shaked, die verlauten ließ, dass ihre Partei eher aus der Regierung austreten werde, als diese Forderungen aufzugeben.<sup>17</sup> Netanjahu befand sich damit in einer Sackgasse: Würde er den Anforderungen Bennetts nicht entgegen kommen, so würde seine Koalition ohne dessen Partei auf 58 Sitze schrumpfen und damit ihre parlamentarische Mehrheit verlieren - der Plan der Vergrößerung der Regierung wäre damit nach hinten losgegangen und faktisch am Ende gewesen. Diese Zwickmühle hielt Netanjahu dennoch im Gegenzug nicht davon ab, Bennett und dessen Parteikollegen, Landwirtschaftsminister Urie Ariel und Justizministerin Ayelet Shaked damit zu drohen, sie ihren Ämtern zu entheben, falls diese gegen die Ernennung Libermans stimmen sollten.<sup>18</sup> Israelische Medien schrieben bereits von einem möglichen Bruch der gesamten Koalition und abermaligen Neuwahlen. So kam es kurz vor der parlamentarischen Abstimmung über Libermans Ernennung als Verteidigungsminister zum Showdown, den Bennett letztendlich für sich entscheiden konnte. Er und Netanjahu einigten sich auf den Vorschlag des Gesundheitsministers Yaakov Litzman, vorübergehend den gegenwärtigen Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates, Brigadegeneral a.D. Yaakov Nagel oder seinen Stellvertreter als Militärsekretär zu ernennen, bis eine permanente Lösung gefunden ist.<sup>19</sup>

Am Montag wurde Liberman, mit Hilfe von Bennett und seiner Partei, dann schließlich offiziell in der Knesset zum Verteidigungsminister gewählt. Seine Parteikollegin Sofa Landver wird das Ministerium für Migration und Absorption vom Likud-Abgeordneten Ze'ev Elkin übernehmen. Überraschend ist

<sup>13</sup> Jonathan Lis: Likud source on talks: no death penalty for Jews. *Haaretz* (Print), 23. Mai 2016.

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> Gil Hoffman und Niv Elis: Liberman, Kahlon resolve 'crisis' in coalition talks. *Jerusalem Post* (Print), 24. Mai 2016.

<sup>16</sup> Forderungen nach einer Reformierung des Sicherheitskabinetts wurden laut nachdem ein Bericht über den Gaza-Krieg aufdeckte, dass Netanjahu und Ya'alon den Mitgliedern des Sicherheitskabinetts wichtige sicherheitspoliti-

sche Informationen während der Operation „Protective Edge“ vorenthalten hatten.

<sup>17</sup> Jonathan Lis: [Bennett threatens to veto Liberman appointment as Israeli defense minister](#) (Abruf: 30. Mai 2016).

<sup>18</sup> Lahav Harkov: [Bennett vows to 'go all the way' in showdown with Netanyahu over cabinet Liberman vote](#) (Abruf: 30. Mai 2016).

<sup>19</sup> Jonathan Lis: [Netanyahu, Bennett reach agreement: cabinet to vote on Liberman appointment](#) (Abruf: 30. Mai 2016).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

ANNA JANDREY

31. Mai 2016

[www.kas.de/israel](http://www.kas.de/israel)

die Benennung des bisherigen „Chief Whip“, Tzachi Hanegbi, der bislang die schwierige Aufgabe hatte, bei Abstimmung in der Knesset die schwierige „Truppe“ der diversen Koalition zusammenzuhalten, zum Minister ohne Portfolio. Zum einen scheint der Schritt dadurch erklärbar, dass Netanjahu schon zu Beginn der Amtszeit der Regierung Tzachi Hanegbi zugesagt hat, ihm nach einer gewissen Zeit einen Ministerposten zu überlassen, um damit einen Freund und Wegbegleiter bei der Stange zu halten. Spannender wäre es noch, wenn bei Netanjahu die strategische Intention hinter diesem Schritt stünde, jemanden in das Kabinett zu holen, der mehrfach dadurch aufgefallen ist, innerhalb des Likud eher moderatere Positionen einzunehmen, was den israelisch-palästinensischen Konflikt betrifft. Hanegbi ist eine der wenigen hochrangigen Mitglieder des Likud, der immer wieder betont hat, dass es langfristig keine Alternative zur Zweistaatenlösung gibt. Insofern kann er gegebenenfalls ein internes „Gegengewicht“ zu Liberman bilden.

Liberman selbst hat damit sein Lebensziel erreicht, Verteidigungsminister zu werden. Damit ist Herzog (und seine links-liberale Partei), der sich auf ein Katz-und-Maus-Spiel mit Netanjahu einließ, der eigentliche Verlierer des gesamten Unterfangens. Netanjahus Angebot an Herzog, der Regierung trotz der Übereinkunft mit Israel Beitenu beizutreten, ist eine Zumutung und zeigt wie sehr Netanjahu den Oppositionsführer letztlich vorgeführt hat. Das Maß der Niederlage ist so groß, dass fraglich ist, auch wenn Herzog persönliche Konsequenzen ausgeschlossen hat, ob diese schmerzhafteste Niederlage nicht auch Konsequenzen für den Fortgang seiner politischen Karriere insgesamt hat.

Herzogs Erwiderung, er wolle in den kommenden Wahlen, Netanjahu die Stirn bieten, scheint dementsprechend naiv, auch weil die Oppositionsarbeit nach diesen Entwicklungen nicht unbedingt einfacher wird. Denn die nunmehr vergrößerte Regierung wird einen stärkeren Einfluss in der Knesset haben und noch weniger als vorher auf etwaige Stimmen anderer Parteien angewiesen sein.

### Auf der Suche nach mehr Stabilität oder Rechtsdruck aus den eigenen Reihen?

Interessant ist die Tatsache, dass sich der israelische Präsident Reuven Rivlin, der in den annähernd zwei Jahren seiner Amtszeit zu einer moralischen Autorität geworden ist, sich zu dieser Regierungsbildung sehr eindeutig und sehr positiv geäußert hat, mit den Worten, dass dieser politische Schritt „korrekt und gerechtfertigt“ sei. Die entscheidende Frage bleibt, ob mit dieser Maßnahme, wie von Präsident Rivlin erwartet, die Regierung stabiler wird.

Zwar hat Netanjahu sein vorläufiges offizielles Ziel erreicht und sechs weitere Stimmen in der Knesset dazu gewonnen. Doch bedeutet dieser numerische Zuwachs nicht gleich mehr Stabilität in den eigenen Reihen. Die Suche nach einer größeren Mehrheit im Parlament hat vor allem vor Augen geführt, dass Netanjahu Stimmen aus dem eigenen Lager fehlen und die Partei nicht geschlossen hinter ihm steht. Denn der Likud, so hat das letzte Regierungsjahr bewiesen, ist bei weitem keine homogene Einheit. Es scheint als tue sich ein immer größer werdender Graben zwischen rechtem und gemäßigtem Lager auf. Die Entscheidung für Libermans Partei lässt vermuten, welches Lager derzeit innerhalb des Likud am längeren Hebel sitzt. Zu diesem Schluss kommt auch die Tageszeitung Haaretz: „Netanjahu zog Israel Beitenu gegenüber der Zionistischen Union vor, um seinem rechtsstehenden politischen Lager gerecht zu werden“.<sup>20</sup> Der Druck aus den eigenen Reihen wird noch verstärkt durch die rechten Koalitionspartner der Likud - allen voran die rechts-religiösen Partei HaBajit haJehudi. Bennett spielt seine Macht immer wieder aus, wie in den Tagen vor der entscheidenden Abstimmung über das neue Kabinett deutlich geworden ist.

---

<sup>20</sup> Yossi Verter: [By tying the knot with Liberman, Netanyahu eyes next election](#) (Abruf: 30. Mai 2016).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD  
ANNA JANDREY

31. Mai 2016

[www.kas.de/israel](http://www.kas.de/israel)

### Welche Rolle spielt das neue Kabinett für den Nahostfriedensprozess?

Mit Liberman hat sich Netanjahu einen weit bekannten Politiker ins Boot geholt, der auch vor extremen Positionen nicht zurückschreckt. Diese werden vor allem den Fortschritt im Friedensprozess mit den Palästinensern und den Umgang mit der arabischen Minderheit in Israel nicht leichter machen. Letztere bezeichnete Liberman einst als Feinde im eigenen Land, träumte von der „Umsiedlung“ der israelischen Araber ins Westjordanland und warf ihnen wiederholt Illoyalität vor. Während des Gaza-Kriegs im Jahr 2014 war ihm die Regierungslinie und das Vorgehen der israelischen Armee gegen die Hamas nicht hart genug und er forderte die Rückeroberung des Gazastreifens.<sup>21</sup> Doch, und das hat seine Amtszeit als Außenminister auch gezeigt, ist Liberman, der in der jüdischen Siedlung Noksim lebt und den Siedlungsbau im Westjordanland aktiv fördert, keiner, der sich von seinen Emotionen leiten lässt. Pragmatisch überließ er beispielsweise in seiner fünfjährigen Amtszeit die Verantwortung für die Beziehungen zu den Palästinensern anderen. Ein ähnlicher Pragmatismus kann - zumindest zu Beginn seiner Amtszeit als Verteidigungsminister - erwartet werden: Liberman dürfte sich bewusst sein, dass die gesamte politische Aufmerksamkeit der israelischen und ausländischen Presse und Öffentlichkeit auf ihm ruhen wird. Den gerade gewonnen Erfolg, nämlich die Regierungsbeteiligung und den Ministerposten, wird er nicht leichtfertig verspielen wollen. So soll er bereits während inoffizieller Treffen mit Stellen im Sicherheitsapparat beschwichtigende Worte gefunden haben, indem er versicherte, dass er eine verantwortungsvolle Verteidigungspolitik betreiben werde, die nicht von persönlichen Emotionen getrieben sei und auch keine personellen Veränderungen anstrebe.<sup>22</sup> Auch sein gemeinsamer Auftritt in dieser Woche mit Netanjahu, in dem er sich positiv über die

Arab-Peace-Initiative und ihre potentielle „Wiederbelebung“ geäußert hat, weist in eine ähnliche Richtung.

Insofern bleibt abzuwarten, welche Rolle Liberman für die israelische Außen- und Sicherheitspolitik spielen wird. Klar sein dürfte nur, dass er den Friedensprozess trotz aller verbalen Bekenntnisse zur Zweistaatenlösung und zum Frieden in den letzten Tagen jedenfalls nicht erheblich erleichtern wird. Das ist insofern besonders problematisch als nicht wenige Exponenten der politischen und gesellschaftlichen Elite in Israel erwartet haben, dass sich im Jahr 2017 durch den 50. Jahrestag des Sechs-Tage-Krieges und der Besetzung des Westjordanlandes durch diesen äußeren Anlass die Chance geboten hätte, neue Akzente im Friedensprozess zu setzen.

Die Benennung Libermans wirft auch noch eine andere Frage auf, die von großer gesellschaftlicher Bedeutung ist: Was bedeutet die Ernennung Libermans in Bezug auf das Militär und die gesellschaftliche Rolle des Militärs. Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel hat in ihren Publikationen immer wieder auf die Bedeutung des Militärs in Israel hingewiesen. Die hohe Anerkennung, die das Militär in Israel genießt, macht den Posten des Verteidigungsministers – insbesondere für populistisch agierende Parteiführer – attraktiv. Zugleich erhöht diese Bedeutung des Militärs umgekehrt aber auch das Maß des potentiellen Schadens, den ein Verteidigungsminister anrichten kann, was die soziale Kohäsion in Israel anbetrifft. Freilich untersteht das Militär der Kontrolle der Regierung, namentlich des Ministerpräsidenten und des Verteidigungsministers. Zudem ist in Israel auch traditionell eine hohe personelle Wechselwirkung und Mobilität zwischen Militär und Politik feststellbar. Nur wenige Politiker in Israel haben keinen klaren militärischen Hintergrund.

Allerdings lässt sich hinter den Kulissen zunehmend eine Art Entfremdung zwischen der aktiven Politik und dem Militär feststellen, die vor dem Hintergrund der genannten Verflechtung noch gravierender ist. Diese Entfremdung hängt auch damit zusammen, dass die Armee in Israel im israelisch-

<sup>21</sup> Avid Sterman: [As rockets rain down, Liberman calls for IDF to recapture Gaza](#) (Abruf: 26. Mai 2016).

<sup>22</sup> Medienspiegel der Deutschen Botschaft in Tel Aviv vom 27. Mai 2016.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

ANNA JANDREY

31. Mai 2016

[www.kas.de/israel](http://www.kas.de/israel)

palästinensischen Konflikt eindeutig eine eher moderierende Haltung einnimmt. Nicht immer ist die Strategie der Israeli-Defence-Forces eher deeskalierend zu wirken und Konflikte nicht leichtfertig einzugehen, auf die Gegenliebe des Militärs gestoßen.

Nicht ganz ohne jede Grundlage ist bei der Berufung Libermans zum Verteidigungsminister, der anders als viele seiner Vorgänger keinen hohen militärischen Rang hält, deshalb auch der Verdacht laut geworden, dass diese Personalie ein kalkulierter Affront Netanjahus gegenüber dem Establishment des israelischen Militär war.

### Fazit und Ausblick

Auch wenn Libermans Eintritt in die Regierung als Rechtsruck zu bewerten ist, bleibt abzuwarten inwieweit er den Kurs Netanjahus tatsächlich mitbestimmen kann und welchen eigentlichen Rückhalt er in der Knesset genießen wird. Laut Spekulationen soll Netanjahu bereits eine erste Einwilligung zu der Forderung der Todesstrafe geäußert haben. Aber auch Netanjahu geht nicht leer aus und hat sein erstes Ziel erst einmal erreicht: sechs weitere Stimmen in der Knesset und die Zufriedenheit seines rechten Parteienspektrums. Wie weit die rechten und linken Lager des Likud auseinanderliegen zeigte sich am Mittwoch, als nach der durch den Rücktritt Ya'alons freigewordene Sitz in der Knesset durch den Rabbi Yehudah Glick aufgefüllt wurde. Glick erklärte in der Knesset, er werde alles dafür tun, dass das Gebetsverbot für Juden auf dem Tempelberg aufgehoben wird. Die Kontroversen um den spannungsgeladenen Tempelberg waren in den letzten Jahren wiederholt Grund für Ausschreitungen zwischen Juden und Muslimen und Terrorattacken von Palästinensern.

Allein der Schulterschluss mit dem neuen Koalitionspartner könnte aber dazu führen, dass die innerparteilichen Unruhen und der Druck von rechts etwas nachlassen. Dann hätte Netanjahu genau das, was er beabsichtigte: einen größeren Handlungsspielraum und eine Stärkung der eigenen Machtposition.

Dass die Messen noch nicht gesungen sind, auch nicht nach der gelungenen Bestätigung der neuen Regierung in der Knesset, zeigt der Rücktritt des israelischen Umweltministers Avi Gabai am vergangenen Freitag. Gabai hatte vor einer weiteren Spaltung der Gesellschaft gewarnt und seinen Rückzug explizit damit begründet, dass die aktuellen politischen Entwicklungen etwas seien, „von dem ich nicht Teil sein kann.“ Avi Gabai gehört der Partei Kulanu des früheren Likud-Ministers Moshe Kachlon an. Diese Partei ist der eindeutige Anker der rechten Regierung in der politischen Mitte. Durch ihre zehn Sitze ist die Partei mehr als nur das berühmte Zünglein an der Waage. Würde Kachlon sich mit seiner Partei aus der Regierung zurückziehen, dann stünde die Koalition unmittelbar vor dem „Aus“. Die Partei Kulanu hat letztlich durch die eingeschränkte Finanzierungszusage für Libermans Rentenwünsche, einigen Lieblingsvorhaben des „Jüdischen Hauses“ unter Naftali Bennett eine klare Absage erteilt, die auch in den Koalitionsverträgen festgeschrieben ist. Dazu gehört insbesondere auch die Veränderung der Rechtsgrundlagen für den israelischen Obersten Gerichtshof.

Insofern bleibt es beim „alten Prinzip“ der israelischen Politik, dass „alles anders bleibt“. Es ist ebenso unangebracht, Grabgesänge für die Regierung anzustimmen, die sich bislang als stabil erweist, wie es möglich bleibt, dass sich die gesamte politische Landschaft in Israel gleichsam über Nacht wandelt.